

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Rückgabe der Staatsgelder

(spk) Der bulgarische Finanzminister aus dem Oppositionsverband, Ivan Kostow, hat von Staatspräsident Schelju Schelew und der Regierung verlangt, dass die Sozialistische (früher Kommunistische) Partei sowie die ehemaligen kommunistischen Blockparteien 3 Mrd Lewa an den Staat zurückzahlen sollen.

Israel unnachgiebig

(spk) Die israelische Regierung lehnt die Beteiligung von Palästinensern aus Ostjerusalem und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) bei Nahost-Friedensverhandlungen weiter ab. Das berichtete das israelische Radio am Freitag. Yizhak Schamir werde bei einer europäischen Beteiligung mehr Beweglichkeit zeigen, meldete das Radio.

Daimler-Benz bezahlt

(spk) Die Daimler-Benz AG in Stuttgart wird auf Beschluss ihres Vorstandes die AMCHA-Stiftung in Jerusalem mit 350 000 Mark unterstützen. Die israelische Organisation nimmt sich nach Angaben des Automobilkonzerns vom Freitag der psychosozialen Unterstützung der etwa 200 000 Überlebenden des Holocaust an.

Vom «Tourismusförderungsgesetz» ist das «Tourismusgesetz» geblieben

Nach den vielen kritischen Anmerkungen im Landtag hat die Regierung die Vorlage über den Fremdenverkehr überarbeitet und neu gestaltet

(G.M.) – Das reisefreudige Liechtenstein steht dem Tourismus im eigenen Land etwas zwiespältig gegenüber. Diese Erfahrung musste auch die Regierung machen, die im vergangenen Jahr eine Vorlage über die Förderung des Tourismus dem Landtag unterbreitet hatte. Nachdem das Parlament sich eingehend mit dem Gesetzesentwurf auseinandergesetzt und insbesondere die zu wenig akzentuierten Zielsetzungen bemängelt hatte, überarbeitete die Regierung ihre ursprüngliche Vorlage und legte nun eine neue Fassung vor. Statt «Tourismusförderungsgesetz» soll das Gesetz nun noch «Tourismusgesetz» genannt werden.

Ausgangspunkt für das neue Gesetz, das im parlamentarischen Gremium auf relativ geringe Resonanz stiess, war die Vorstellung, dass in unserem Land vor allem der qualitative Tourismus gefördert werden sollte. «Weg vom quantitativen Tourismus, hin zum qualitativen Tourismus», lautete die Devise. Dass diese Vorstellung aber nicht so ohne weiteres zu verwirklichen ist, war sich auch der Landtag bewusst, der zwar die Notwendigkeit eines neuen Gesetzes über den Fremdenverkehr nicht bestritt, doch eigentlich eine andere Gesetzesvorlage erwartet hatte.

Tourismus im Nicht-Tourismusland

Erschwerend kommt hinzu, wie die Regierung in ihrem ersten Bericht an den Landtag ebenfalls ausgeführt hatte, dass Liechtenstein «kein eigentliches Fremdenverkehrsland wie z.B. Österreich, Italien oder Spanien» ist, aber dennoch «als monarchischer Kleinstaat eine besondere Anziehungskraft für Touristen» ausübe. Allerdings erschöpft sich diese Anziehungskraft für die meisten Besucher unseres Landes mit einem Blick auf Schloss Vaduz und einen kleinen Bummel durch die Residenz, während der eigentliche Ferientourismus nur am Rande existiert. Mangelnde Infrastruktur für Feriengäste und der geringe Rückhalt der Tourismusförderung in der Bevölkerung tragen dazu bei, dass der quantitative Aspekt mit dem Tagestourismus immer noch den qualitativen Ferientourismus überwiegt. Die knapp zwei Tage dauernde durchschnittliche Aufenthaltsdauer pro Gast weist mit aller Deutlichkeit auf die Schwierigkeiten hin, denen sich die Tourismus-Branche gegenüber sieht.

Zielkonflikte bleiben erhalten

Der Tourismus in unserem Land und die Tourismusförderung stehen in einem Spannungsfeld zwischen verschiedenen Interessen: «Für viele einschlägig interes-

sierte Unternehmer ist der Tourismus eine willkommene Einnahmequelle, wirtschaftlich Nichtbeteiligte wiederum sehen häufig nur seine negativen Auswirkungen wie Verkehrsprobleme, Umweltbelastungen und Eingriffe in die Landschaft», formulierte die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag. Während der Eintretensdebatte hob FDP-Fraktionssprecher Dr. Alois Ospelt die «Zielkonflikte» hervor, die sich mit dem Tourismus und der Tourismusförderung ergeben: «Ich erwähne als Beispiel nur die anvisierte Erhöhung der Kontingente für ausländische Arbeitskräfte. Oder die angeführte Zielsetzung einer landschaftsschonenden und umweltgerechten touristischen Erschliessung und Nutzung sowie den Schutz der Touristen und Einheimischen vor negativen Umwelteinflüssen.»

Aufgrund der verschiedenen Anmerkungen und Anregungen im Landtag formulierte die Regierung aber dennoch den Zweckartikel des Gesetzes um, obwohl sie in ihren zusätzlichen Ausführungen darauf hinweist, dass touristische Leitbilder wegen ihrer Wandelbarkeit nicht in konkreten Aktivitäten fixiert werden sollten. Der neue Zweckartikel heisst nun: «Das Gesetz bezweckt die Schaffung der organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen auf Landes- und Gemein-

deebene, um einen Tourismus von hoher Qualität zu fördern, der mit dem Schutz der Umwelt, der Natur und der Landschaft vereinbar ist und dabei der kulturellen, geschichtlichen, politischen und wirtschaftlichen Eigenart des Landes Rechnung trägt.»

Tourismusverband als Pflichtorganisation

Neben dem grundsätzlichen Anliegen der Förderung des qualitativen Tourismus umfasste der erste Entwurf der Regierung auch die Neuordnung der Trägerschaft für die Fremdenverkehrsförderung, die Schaffung eines Tourismusverbandes sowie die Neuordnung der Umlagepflicht, um die Finanzierung der Fremdenverkehrszentrale sicherstellen zu können. An diesen Zielsetzungen hält die Regierung, wie sie in ihrem Bericht an den Landtag ausführt, weiterhin fest.

Einen finanziellen Einbezug der am Tourismus interessierten Betriebe erachtet die Regierung als richtig, da es nicht verantwortet werden könnte, ausschliesslich staatliche Mittel für die Tourismusförderung einzusetzen. Um die Privatwirtschaft finanziell in die Förderung des Tourismus einzubeziehen, ist nach Auffassung der Regierung die Schaffung eines Pflichtverbandes notwendig. Den geplanten Tourismusverband als Pflichtorganisation auszubauen, erscheint der Regierung vor allem deswegen notwendig, weil die erforderlichen Mittel «wegen mangelnder Solidarität wahrscheinlich nicht oder höchstens zum Teil aufgebracht» werden könnten auf freiwilliger Basis.

Festhalten an der Umlagepflicht

Auch in der Frage der Umlagepflicht zur Finanzierung der Tourismusförderung und der Fremdenverkehrszentrale bleibt die Regierung ihren bisherigen Vorstellungen treu. Die Aufteilung in zwei verschiedene Kategorien, nämlich «unmittelbar» und «mittelbar» am Tourismus interessierte Unternehmen, die unterschiedliche Beiträge zu entrichten hätten, soll nach Auffassung der Regierung beibehalten werden. Als Begründung fügt die Regierung in ihrem Bericht an, dass der Tourismusverband und somit auch die Tourismuszentrale in finanzieller Hinsicht zum Scheitern verurteilt wären, wenn lediglich die unmittelbar vom Fremdenverkehr profitierenden Betriebe erfasst und als umlagepflichtig erklärt würden.

Neutrale Aussenminister in Vaduz

Nächstes N+N-Treffen am 16./17. Mai in unserem Land

(G.M.) – Das nächste Treffen der neutralen und nichtgebundenen Staaten im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), zu denen auch das Fürstentum Liechtenstein gehört, findet in unserem Land statt. Dem Vernehmen nach halten sich die Aussenminister der N+N-Staaten am 16. und 17. Mai in unserem Land auf. Frühere Treffen, die in regelmässigen Abständen in den einzelnen Ländern abgehalten werden, fanden bereits 1980 und 1986 in Liechtenstein statt.

In verschiedenen Fragen haben die neutralen und nichtgebundenen Staaten bereits während der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) im Jahre 1975 eine eigene Position eingenommen, die es ihnen in den Vorbereitungsphasen der Folgekonferenzen ermöglichte, zur Aufweichung starrer Fronten der damals noch bestehenden Ost-West-Gegensätze beizutragen. Liechtenstein hat in dieser N+N-Gruppe von Anfang an aktiv mitgearbeitet und tritt nun in rund zwei Wochen erneut als Gastgeberland für ein Treffen der Aussenminister aus den neutralen und nichtgebundenen europäischen Staaten auf.

In die Gruppe der N+N-Staaten gehören die dauernd Neutralen Schweiz, Österreich und Schweden sowie Finnland, dessen Aussenpolitik in der Vergangenheit durch das Naheverhältnis zur Sowjetunion geprägt war. Ausserdem gehören dieser Gruppe Jugoslawien, Irland und der Heilige Stuhl an.

Die KSZE, deren Gesicht sich angesichts der Umwälzungen im Osten Europas und in der Sowjetunion stark verändert hat, war für das Fürstentum Liechtenstein «ein bedeutender Meilenstein in der Gestaltung der Aussenpolitik», wie die Regierung in ihrem Bericht zur Aus-

senpolitik festhielt. Das praktizierte Konsensverfahren und das Rotationsprinzip erlaubte es auch dem Kleinstaat Liechtenstein, an den Verhandlungen der KSZE gleichberechtigt und unter Wahrung seiner Interessen teilzunehmen.

Das letzte KSZE-Gipfeltreffen fand im vergangenen Jahr in Paris statt, das nächste Folgetreffen haben die Staats- und Regierungschefs für 1992 in Helsinki vorgesehen. In Paris haben sich die Staats- und Regierungschefs mit der neuen Situation in Europa befasst und in einer Erklärung festgehalten: «Unsere gemeinsamen Bemühungen um verstärkte Achtung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, um Festigung des Friedens und um Förderung der Einheit in Europa erfordern eine neue Qualität des politischen Dialogs und der politischen Zusammenarbeit und somit die Entwicklung der Strukturen der KSZE.»

Standort für Reststoffdeponie

Antrag der Regierung und Informationsversammlung in Nendeln

(G.M.) – Die Regierung hat in Zusammenarbeit mit den Gemeinden die Standorte für die Schaffung von Reststoffdeponien gemäss den Bestimmungen des Abfallgesetzes festgelegt. Der Landtag wird an seiner nächsten Sitzung am 7./8. Mai darüber zu befinden haben. Vorgängig findet jedoch über die Deponie der Gemeinde Schaan im Gebiet «Schwabbrünnen» eine Informationsveranstaltung statt, zu der die Umweltschutzkommission der Gemeinde Eschen eingeladen hat.

Die Festlegung der Standorte für die Reststoffdeponien, die zur Lagerung von verfestigten Rückständen aus der Abluftreinigung der Kehrichtverbrennungsanlage Buchs (KVA) und Hydroxidschlämmen aus der metallverarbeitenden Industrie dienen, war ursprünglich schon für die letzte Landtagssitzung vorgesehen. Weil die Umweltschutzkommission der Gemeinde Eschen jedoch eine Informa-

tionsveranstaltung über das zur Debatte stehende Gebiet «Schwabbrünnen», das an das Gebiet von Nendeln anschliesst, anberaumt hatte, zog die Regierung die Vorlage vom Traktandum zurück.

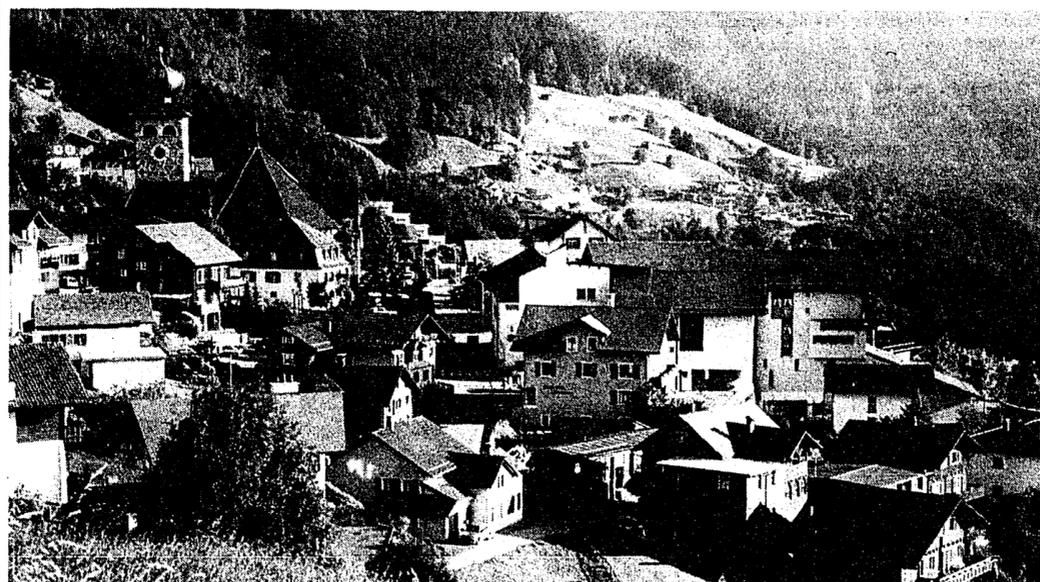
Nach einer Vereinbarung haben die elf Gemeinden unseres Landes im Januar 1990 die Reststoffdeponien für die kommenden 15 bis 20 Jahre festgelegt. Als Standorte für die Reststoffe aus der Kehrichtverbrennungsanlage und der Industrie wurden bezeichnet:

- «Steinbruch Limseneck» Ruggell
- «Steinbruch Schwabbrünnen» Schaan
- Deponie «Im Rain» Vaduz als Folge-deponie.

Die Regierung entschied sich in ihrer Sitzung vom 13. November 1990 ebenfalls für diese Standorte und machte ihre Entscheidung den Gemeinden bekannt. Nach Angaben der Regierung wurden keine Beschwerden gegen diese Entscheidung eingereicht.

Abstimmung über Schulhausneubau im Mittelpunkt

Fortsetzung der VOLKSBLATT-Serie «Gemeindebudgets unter der Lupe» – Heute mit Triesenberg



Als Fortsetzung unserer Serie «Gemeindebudgets unter der Lupe» finden Sie im Innern dieser Ausgabe einen Beitrag über die Gemeinde Triesenberg. Dort bildet zwar im Budget 1991 wie schon im letzten Jahr der Tiefbau den Schwerpunkt, dennoch zeichnet sich schon jetzt mit der anstehenden Abstimmung über den Schulhausneubau im Oberufer der künftige Mittelpunkt der Triesenberger Investitionen ab. Voraussichtlich am letzten Juni-Wochenende werden die Weichen für dieses Projekt endgültig gestellt.

Bundesrat öffnet Visier Richtung EG

Freiburg (AP) Der Bundesrat ist in der Europadiskussion offenbar gewillt, das Visier zusehends in Richtung EG-Beitritt zu öffnen. Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz erklärte am Freitag am FDP-Parteitag in Freiburg, der EWR sei lediglich ein Werkzeug zur verstärkten Integration der Schweiz in Europa, jedoch nicht das Endziel. Er gab zugleich der Hoffnung Ausdruck, dass auch die EG noch innere Reformen durchmachen werde.

Vor den den rund 200 FDP-Delegierten zog Delamuraz eine gemischte Bilanz der EWR-Verhandlungen: In materieller Hinsicht haben die Schweiz in kurzer Zeit schon eine Anpassung an die Europäische Gemeinschaft (EG) erreicht und sei dadurch offener geworden.

K. Charly LIMANI

Gebäudereinigung
Anstalt

Triesen
Tel. 075/276 01



KONTAKTLINSEN
AUGEN
OPTIK
MARXER
Vaduz
Städtlemarkt
Tel. 282 02